

***Das Mannheimer Auditinstrument zur Förderung von
Sicherheit und Lebensqualität – ein Konzept der rationalen
Bewältigung von Herausforderungen***

**Dieter Hermann
Christian Specht**

Aus: Erich Marks (Hrsg.):
Prävention & Integration
Ausgewählte Beiträge des 22. Deutschen Präventionstages
19. und 20. Juni 2017 in Hannover
Forum Verlag Godesberg GmbH 2018, Seite 207-220

978-3-942865-71-5 (Printausgabe)
978-3-942865-72-2 (eBook)

Das Mannheimer Auditinstrument zur Förderung von Sicherheit und Lebensqualität – ein Konzept der rationalen Bewältigung von Herausforderungen

1. Einleitung

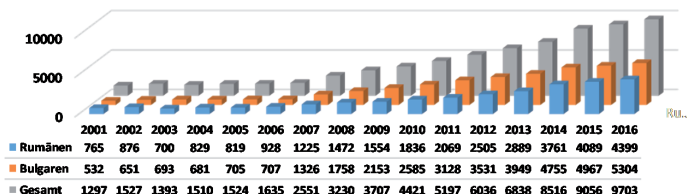
Die regelmäßige Erfassung der subjektiven und objektiven Sicherheitslage durch Befragungen sowie die wissensbasierte Implementation und wiederholte Evaluation von Präventionsmaßnahmen charakterisieren das Mannheimer Instrument der Kommunalen Kriminalprävention. Die erste Bevölkerungsbefragung zu dieser Thematik fand 2012 statt; sie wurde Ende 2016 wiederholt. Nach der Erstbefragung wurde die Kommune mit bedeutsamen Herausforderungen konfrontiert. Es kamen zahlreiche Arbeitsmigranten aus osteuropäischen Ländern nach Mannheim und die Stadt wurde Erstaufnahmestandort für Flüchtlinge. Die Wiederholungsbefragung sollte zeigen, wie sich Kriminalität, Kriminalitätsfurcht und Lebensqualität in Mannheim im Kontext des gesellschaftlichen Wandels verändert haben und wie möglichst effizient auf (aktuelle) Herausforderungen für die Kommune reagiert werden kann.

2. Herausforderungen für Mannheim

2.1 Arbeitsmigranten aus Osteuropa

Die Zuwanderung durch Arbeitsmigranten aus Osteuropa, insbesondere aus Bulgarien und Rumänien, hat sich seit 2001 verzehnfacht, wobei seit 2007 ein sprunghafter Anstieg zu verzeichnen ist. In Abbildung 1 ist der Zuzug an osteuropäischen Arbeitsmigranten grafisch dargestellt.

Abbildung 1: Gemeldete Bulgaren und Rumänen (EU-2)
2001 bis 2016 (Quelle: Statistikstelle Mannheim)



In dieser Migrantengruppe sind häufig prekäre Lebens- und Beschäftigungsverhältnisse anzutreffen, viele leben in maroden Wohnungen, die Bildung ist häufig unzureichend und Sprachprobleme bauen Zugangsbarrieren zu Institutionen auf. Erschwerend ist, dass die Kommunikation mit der EU, dem Bund und dem Land problematisch ist und dass sich die Bürgerinnen und Bürger Mannheims insbesondere in den betroffenen Quartieren benachteiligt fühlen. Zudem hat die Stadt Mannheim im Jahr 2014 ein zusätzliches Grundsicherungsvolumen von fünf bis sieben Millionen Euro für Menschen aus den EU-2 Staaten aufwenden und in den letzten Jahren Mittelkürzungen im Bereich der Arbeitsmarktintegration hinnehmen müssen (Specht 2015, S. 401).

Diese Art der Migration betrifft in Deutschland etwa 20 Städte in besonderem Maße. Diese haben im Rahmen des Deutschen Städtetages eine Arbeitsgruppe gegründet. Ihr Ziel ist, nach Best Practice Lösungen auf kommunaler Ebene zu suchen und die Kommunikation mit der Landes- und Bundespolitik zu koordinieren. Als Erfolg ist zu verbuchen, dass sich der Staatssekretärsausschuss der Bundesregierung 2014 mit der Problematik befasst und eine entsprechende Gesetzgebung angestoßen hat.

Als weiteren Lösungsansatz hat die Kommune die Arbeitsgruppe Südosteuropa gegründet. In dieser Arbeitsgruppe arbeiten allein im Bereich der ordnungsrechtlichen Maßnahmen – unter der Leitung des Ersten Bürgermeisters und Sicherheitsdezernenten der Stadt – der Fachbereich Sicherheit und Ordnung, der Eigenbetrieb Abfallwirtschaft, die Bürgerdienste, der Fachbereich Baurecht, der Fachbereich Gesundheit, die Feuerwehr, der Fachbereich Soziales, das Jugendamt, die besondere Aufbauorganisation Südosteuropa des Polizeipräsidiums Mannheim, die regionale Zolldienststelle, die Finanzbehörden der Stadt, die Deutsche Rentenversicherung, die Familienkasse, die Arbeitsagentur und das Jobcenter, der Grundversorger für Wasser, Strom und Gas, die IHK und das Medienteam der Stadt intensiv zusammen (Specht 2015, S. 403). Zudem wurde in Mannheim 2013 ein Integrationsfond mit einem Volumen von 300.000 Euro pro Haushaltsjahr geschaffen.

Zudem wurden Maßnahmen initiiert, um eine migrantenfreundliche Kultur zu fördern. Dazu wurde die „Mannheimer Erklärung für ein Zusammenleben in Vielfalt“ verabschiedet. Organisationen und Einrichtungen, Religionsgemeinschaften und Kirchen, Vereine und Unternehmen haben die Erklärung unterzeichnet und sich damit zu Verantwortung und einem respektvollen Zusammenleben bekannt. Gemeinsam wollen die Unterzeichnenden die Anerkennung der Gleichberechtigung unterschiedlicher Identitäten und Lebensentwürfe, gegen Diskriminierung eintreten und die Chancengleichheit fördern. Dieses Ziel wird auch durch ein neu eingerichtetes „Welcome Center“ verfolgt. Weitere Schritte betrafen Bildungseinrichtungen und -maßnahmen, insbesondere die Implementation von Sprach- und Beratungsangeboten.

2.2 Geflüchtete

Mannheim ist zusammen mit dem Rhein-Neckar-Kreis „der“ Erstaufnahmestandort für neu ankommende Geflüchtete in Baden-Württemberg. Als im Herbst 2015 die Kapazitäten aller Landeserstaufnahmeeinrichtungen in Baden-Württemberg erschöpft waren, wurden in Mannheim in den ehemaligen US-Kasernen bedarfsorientierte Erstaufnahmeeinrichtungen eingerichtet. Die Kapazitätsgrenze lag bei 12.000 Plätzen – das entspricht 30 Prozent aller Erstaufnahmekapazitäten in Baden-Württemberg. In dieser Zeit war der Busbahnhof Mannheim über Monate ein Verteilungszentrum für zehntausende Flüchtlinge.

Als Lösungen zu diesem Problem wurden in den Erstaufnahmeeinrichtungen Sprachkurse angeboten und eine hauptamtliche Flüchtlingshilfekoordination eingerichtet, in der ein multiprofessionelles und interkulturelles Team Gruppenangebote und Schulungen für Flüchtlinge anbietet. Zudem wurde die medizinische Versorgung für Geflüchtete gefördert und ehrenamtliche Strukturen geschaffen, die durch einen Flüchtlingsfonds mit einer Ausstattung von 150.000 Euro pro Jahr unterstützt werden. Ein Service Center koordiniert Anfragen und stellt Informationen zu Hilfsangeboten für Geflüchtete zur Verfügung. Außerdem wurden Streetworker für junge Flüchtlinge eingesetzt. Durch dieses Projekt soll Konflikten zwischen jungen Geflüchteten mit Gewerbetreibenden und Bürgerinnen und Bürgern vorgebeugt werden.

Mannheim hatte und hat als Standort einer Landeserstaufnahmestelle keine eigenen Asylbewerber dauerhaft aufzunehmen und unterzubringen. Gegenwärtig sind 2.000 bis 2.500 Flüchtlinge in den Erstaufnahmeeinrichtungen in Mannheim untergebracht. Hinzu kommen über 1.100 kommunal betreute Flüchtlinge (Altfälle).

3. Das Mannheimer Auditinstrument für urbane Sicherheit

Im Mannheimer Auditinstrument wird das Ziel verfolgt, dass Präventionsmaßnahmen wissenschaftlich abgeleitet und aktuelle Probleme einbezogen werden. Dadurch kann das Konzept helfen, zu den oben genannten Herausforderungen und Problemen Lösungen zu finden. Grundlage ist eine umfassende Analyse des Wandels: Wie haben sich die Kriminalitätsfurcht und ihre Bedingungen verändert?

Zudem beinhaltet das Instrument eine Optimierungsstrategie. Durch die Identifizierung von erstens Personengruppen und Stadtbezirken mit hoher Kriminalitätsfurcht sowie niedriger Lebensqualität und zweitens von Incivilities mit starkem Einfluss auf Kriminalitätsfurcht und Lebensqualität können Ressourcen effektiv und effizient eingesetzt werden (Hermann 2008; Hermann 2014).

Die primären Ziele des Auditinstruments sind die Reduzierung der Kriminalitätsfurcht, die Verbesserung der Lebensqualität und der Abbau von Incivilities. Die Verminderung der Kriminalitätsbelastung ist ein sekundäres Ziel. Unter 'Incivilities' versteht man subjektive Störungen der sozialen und normativen Ordnung. Ursachen und Wir-

kungen von Incivilities werden im Broken Windows-Ansatz beschrieben. Verlassene und verfallende Häuser, unentsorgter Müll und verwahrloste Häuser beispielsweise verunsichern die Bevölkerung, reduzieren die Lebensqualität, verursachen Furcht und signalisieren, dass Normen nur bedingt gültig sind. Als Folge davon ziehen sich die Menschen zurück, die soziale Kontrolle nimmt ab und die Kriminalitätsbelastung steigt. Diejenigen, die es sich leisten können, ziehen aus einem solchen Stadtbezirk weg, andere Personen hingegen, die solche Verhältnisse eher positiv bewerten und an sozialer Kontrolle weniger interessiert sind, bevorzugen solche Stadtbezirke als Wohnort. Diese Fluktuation führt zu einer Verschlechterung der Situation des Stadtbezirks und somit zu einer Verschärfung der Problemlage in dem Viertel. Dies bedeutet, dass es eine Wechselbeziehung zwischen Incivilities, Kriminalitätsfurcht, Lebensqualität, Kriminalität, Viktimisierungen und Bevölkerungsstruktur in einem Stadtbezirk gibt – ein Kreislauf, der ohne Eingreifen eskalieren würde (Hermann & Laue 2001; Dölling & Hermann 2006; Hohage 2004). Das Auditinstrument greift gezielt in diesen Kreislauf durch die Reduzierung der Kriminalitätsfurcht, die Verbesserung der Lebensqualität, den Abbau von Incivilities und die Erhöhung des Sozialkapitals ein.

4. Untersuchungsdesign

Das erste Sicherheitsaudit umfasste eine Bevölkerungsbefragung, die Anfang des Jahres 2012 durchgeführt wurde. Die Grundgesamtheit bestand aus allen Bewohnerinnen und Bewohnern Mannheims zwischen 14 bis 70 Jahren. Aus dieser Grundgesamtheit wurden zufällig 6.500 Personen ausgewählt. An der schriftlichen Befragung haben 1.908 Personen (29%) teilgenommen.

Für das Sicherheitsaudit 2016 wurde das Altersspektrum erweitert und alle Personen ab dem 14. Lebensjahr in der Grundgesamtheit berücksichtigt. Die Stichprobe umfasste 9.998 zufällig ausgewählte Bewohnerinnen und Bewohner Mannheims. An der schriftlichen Befragung haben sich 3.272 Personen (36%) beteiligt.

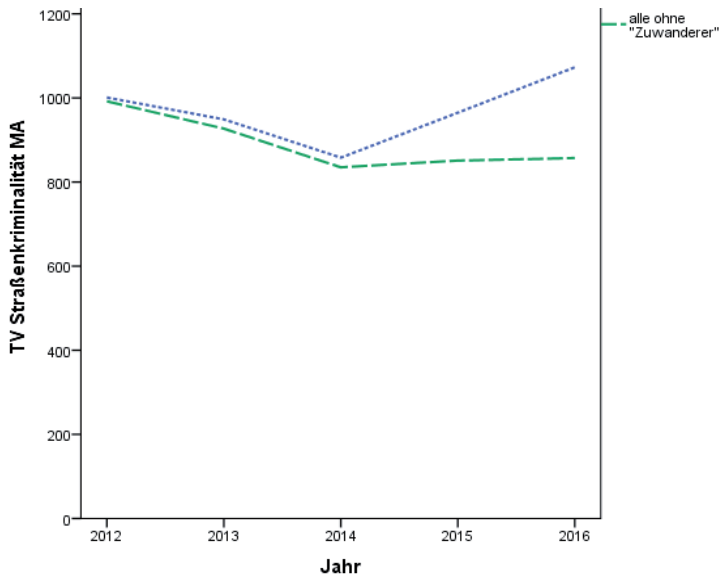
5. Analysen von PKS-Daten zur Entwicklung von Gewalt- und Straßens-kriminalität

Die Polizeiliche Kriminalstatistik erfasst zwar nur die registrierte Kriminalität, aber hohe Zuwächse im Hellfeld und überdurchschnittlich hohe Kriminalitätsbelastungszahlen deuten auch auf entsprechende Trends im Dunkelfeld hin. In Deutschland ist von 2015 bis 2016 die Gewalt- und Straßens-kriminalität gestiegen (PKS 2015 und 2016). Als einen Grund für diesen Anstieg nennt das LKA Baden-Württemberg insbesondere Konflikte zwischen Asylbewerbern unterschiedlicher Herkunft und Ethnie (PKS Baden-Württemberg 2015, S. 36). Seit 2015 werden in der Polizeilichen Kriminalstatistik unter den Tatverdächtigen die Gruppe der Zuwanderer gesondert ausgewiesen. „Zuwanderer“ werden in der PKS als Personen definiert, die als Angehörige eines Nicht-EU-Staates einzeln oder in Gruppen in das Bundesgebiet einreisen, um sich hier vorübergehend oder dauerhaft aufzuhalten. Tatverdächtige Zuwanderer im

Sinne dieser Definition werden in der PKS mit Aufenthaltsstatus „Asylbewerber“, „Duldung“, „Kontingentflüchtling/Bürgerkriegsflüchtling“ und „unerlaubter Aufenthalt“ registriert (PKS 2015, S. 190). Tatverdächtige mit positiv abgeschlossenem Asylverfahren fallen nicht unter diese Kategorie.

In Abbildung 2 ist die Entwicklung der Straßenkriminalität in Mannheim für den Zeitraum von 2012 bis 2016 dargestellt, sowohl für alle Tatverdächtigen als auch für Tatverdächtige, die nicht unter die Kategorie „Zuwanderer“ fallen. Dadurch wird eine fiktive Kriminalitätsentwicklung ohne Zuwanderer dargestellt. Das Schaubild zeigt, dass der Anstieg der Kriminalitätsbelastung unter anderem mit Zuwanderern zusammenhängt (ebenso Haverkamp 2017). Die Entwicklung der Gewaltkriminalität verläuft ähnlich wie die Entwicklung der Straßenkriminalität. Die Daten der Polizeilichen Kriminalstatistik lassen vermuten, dass Zuwanderer zu einem erheblichen Anteil für den Anstieg in der Kriminalitätsbelastung verantwortlich sind, auch wenn verzerrende Faktoren nicht ausgeschlossen werden können (Haverkamp 2017).

Abbildung 2: Entwicklung der Anzahl der Tatverdächtigen in Mannheim (Straßenkriminalität)



Für die Kriminalitätsbelastung von Zuwanderern werden mehrere Gründe diskutiert. Kriminalität ist in allen Gesellschaften altersabhängig, wobei Jugendliche, Heranwachsende und junge Erwachsene die aktivste Gruppe darstellen – und diese Altersgruppe ist unter Zuwanderern überrepräsentiert. Zudem führt die räumliche Enge der Unterbringung und die Belastung durch eine ungewisse Zukunft zu Stresssituationen. Als weitere kriminogene Faktoren werden die prekären Lebensverhältnisse, der Aufenthalt in Ballungsgebieten und eine vergleichsweise hohe Präferenz für gewaltlegitimierende Männlichkeitsnormen diskutiert (Enzmann, Brettfeld & Wetzels 2004; Haferkamp 2017). Zudem dürften posttraumatische Belastungsstörungen als Ursache für eine erhöhte Aggressivität unter Zuwandern verantwortlich sein. Nach dem ICD-10 (F 43), der internationalen Klassifikation von Krankheiten, ist eine posttraumatische Belastungsstörung „eine verzögerte oder protrahierte Reaktion auf ein belastendes Ereignis oder eine Situation kürzerer oder längerer Dauer, mit außergewöhnlicher Bedrohung oder katastrophenartigem Ausmaß“. Mögliche Folgen sind Gleichgültigkeit gegenüber anderen Menschen, Teilnahmslosigkeit der Umgebung gegenüber, vegetative Übererregtheit, übermäßige Schreckhaftigkeit, Angst, Depression und insbesondere bei Jugendlichen Störungen des Sozialverhaltens. Verstärkte Aggressivität und Gewaltbereitschaft ist somit ein Krankheitssymptom. Eine posttraumatische Belastungsstörung tritt bei etwa 50 Prozent der Kriegs-, Vertreibungs- und Folteropfer auf (Flatten, Gast, Hofman, Knaevelsrud, Lampe, Liebermann, Maercker, Reddemann & Wöller 2011, S. 202-210).

6. Ergebnisse der Mannheimer Bevölkerungsbefragung 2016

6.1 Migration

Die aktuellen Herausforderungen für die Stadt Mannheim beziehen sich auf Migranten – konkret Arbeitsmigranten aus Osteuropa und Geflüchtete. Zu dieser Thematik wurde in der Bevölkerungsbefragung die Skala zu Incivilities erweitert, wobei verschiedene Migrantengruppen unterschieden wurden. Die Frage lautete: „In einem Stadtbezirk oder einer Gemeinde könnte man verschiedene Dinge als problematisch wahrnehmen. Wie ist das in Ihrem Stadtbezirk?“ Als Antwortvorgaben wurde folgende Punkte aufgenommen:

- Migranten, die schon sehr lange in Deutschland leben
- Arbeitseinwanderer aus osteuropäischen Ländern
- Asylsuchende, die in den letzten Jahren nach Mannheim kamen

In der Erstbefragung wurde nicht zwischen Migrantengruppen unterschieden, sondern lediglich gefragt, in welchem Ausmaß „Ausländer und Asylbewerber“ mit Problemen assoziiert werden. Der Hintergrund der Skalenerweiterung ist, dass Incivilities, wie bereits erwähnt, einen Einfluss auf die Kriminalitätsfurcht haben, und durch die differenzierte Erfassung von Incivilities gezielt auf Problemsituationen reagiert werden kann. Zudem ist es möglich, dass durch die Identifizierung von Regionen und Personengruppen, in denen Incivilities einen besonders starken Einfluss auf die Kri-

minalitätsfurcht ausüben, Präventionsmaßnahmen gezielt und ressourcenschonend eingesetzt werden können.

In Tabelle 1 sind Häufigkeitsverteilungen für die genannten Incivilities dargestellt. Es zeigt sich, dass Migranten, die schon lange in Deutschland leben, nur von wenigen als Problem gesehen werden – der Anteil der Befragten, die im aktuellen Migrationsphänomen ein Problem sehen, ist bedeutend größer.

Tabelle 1: Incivilities in Bezug auf Migranten

Jahr	2012	2016
Migranten, die schon lange in Deutschland leben	-	11
Arbeitseinwanderer aus osteuropäischen Ländern	-	20
Asylsuchende, die in den letzten Jahren nach Mannheim kamen	-	25
Ausländer und Asylbewerber	23	-

Legende: Prozentualer Anteil von Befragten, die etwas als ziemliches oder großes Problem betrachten.

6.2 Kriminalitätsfurcht

Die Messung der Kriminalitätsfurcht erfolgte in Anlehnung an ein sozialpsychologisches Einstellungskonzept in drei Dimensionen, der affektiven, kognitiven und konativen Komponente (Schwind 2016, § 20 Rn. 17b-19, S. 444-445). Die affektive Kriminalitätsfurcht wurde durch die Frage gemessen: „Wie oft denken Sie daran, selbst Opfer einer Straftat zu werden?“, „Wie oft haben Sie nachts draußen alleine in Ihrer Wohngegend Angst, Opfer einer Straftat zu werden?“. Die Messung der kognitiven Kriminalitätsfurcht erfolgte durch Fragen nach der subjektiven Risikoeinschätzung für zukünftige Opferwerdungen. Die konative Kriminalitätsfurcht wurde durch Fragen nach Abwehr- und Vermeidemaßnahmen, durch die eine Opferwerdung verhindert werden soll, erfasst.

Die Kriminalitätsfurcht in Mannheim ist gestiegen. Dies zeigt Tabelle 2. Dort sind die Veränderungen im Antwortverhalten auf ausgewählte Indikatoren der Kriminalitätsfurcht dargestellt.

Tabelle 2: Änderung der Kriminalitätsfurcht in Mannheim

Jahr	2012	2016	Signifikante Unterschiede (p<0,05)
Affektive Kriminalitätsfurcht			
Unsicherheitsgefühl ¹	12	19	ja
Wie oft haben Sie nachts draußen alleine in Ihrem Stadtbezirk Angst, Opfer einer Straftat zu werden? ²	18	29	ja
Konative Kriminalitätsfurcht			
Einschränkung der Freizeitaktivitäten ³	16	32	ja
Vermeideverhalten ⁴	34	44	ja
Kognitive Kriminalitätsfurcht und Risikoeinschätzung - perzipierte Viktimisierungswahrscheinlichkeiten⁵			
Körperverletzung	09	15	ja
Wohnungseinbruch	17	35	Ja
Sexuelle Belästigung	07	16	Ja

1: Prozentualer Anteil von Befragten, die sich in ihrem Stadtteil ziemlich oder sehr unsicher fühlen

2: Prozentualer Anteil von Befragten, die nachts draußen alleine in Ihrem Stadtbezirk oft oder sehr oft Angst haben, Opfer einer Straftat zu werden

3: Prozentualer Anteil von Befragten, die Ihre Freizeitaktivitäten in den letzten 12 Monaten eingeschränkt haben, aus Angst davor, sie könnten Opfer einer Straftat werden

4: Prozentualer Anteil von Befragten, die nach Einbruch der Dunkelheit in Ihrem Stadtbezirk unterwegs waren und dabei gewisse Straßen oder Örtlichkeiten gemieden haben, um zu verhindern, dass Ihnen etwas passieren könnte

5: Prozentualer Anteil von Befragten, die es für ziemlich oder sehr wahrscheinlich halten, dass Ihnen persönlich folgende Dinge in Ihrem Stadtbezirk im Laufe der nächsten 12 Monate tatsächlich passieren werden

Die Entwicklung in Mannheim spiegelt einen Trend wider, der in ganz Deutschland zu erkennen ist. Nach den deutschlandweit durchgeführten jährlichen Befragungen der R+V Versicherung zu den Ängsten der Deutschen ist 2016 das „Jahr der Ängste“, bedingt durch einen sprunghaften Anstieg bei fast allen Ängsten (R+ V Versicherung 2016). Im Jahr 2015 hatten 52 Prozent der Befragten eine große Angst vor Terrorismus, im Folgejahr waren 73 Prozent. Dieser Anteil ist 2017 mit 71 Prozent kaum gesunken. Der Zuzug von Ausländern war 2015 von 49 Prozent angstbehaftet, 2016 waren 67 und ein Jahr später 61 Prozent. Die nahezu gleichen Trends können bei der Angst vor politischem Extremismus und einem insbesondere durch die Flüchtlingskrise bedingten Kontrollverlust des Staates beobachtet werden.

6.3 Migration und Kriminalitätsfurcht

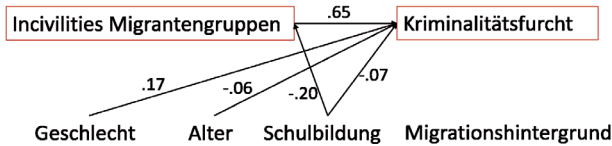
Zur Bestimmung der Stärke des Einflusses von Incivilities auf die Kriminalitätsfurcht werden Partialkorrelationen bestimmt. Bei dieser Analyse wird der Zusammenhang zwischen den einzelnen Problembereichen und Kriminalitätsfurcht ermittelt. Das Besondere an der Partialkorrelation ist, dass eine Kontrolle von Drittvariablen möglich ist. Bei der vorliegenden Analyse werden Alter, Schulbildung, Geschlecht und Migrationshintergrund als Kontrollvariablen verwendet. Die Partialkorrelation kann wie der Korrelationskoeffizient nach Pearson interpretiert werden. Die Ergebnisse der Analyse sind in Tabelle 3 dargestellt. Alle aufgeführten Koeffizienten sind signifikant. Für die Analyse wurden in einem ersten Schritt die Items zu jeder Kriminalitätsfurchtdimension gleichgewichtet zusammengefasst und mit den standardisierten Dimensionen wurde ein Gesamtindex durch die gleichgewichtete Addition der standardisierten Furchtdimensionen gebildet.

Tabelle 3: Partialkorrelationen zwischen Incivilities und Kriminalitätsfurcht

Incivilities	Partialkorrelation mit Kriminalitätsfurcht
Asylsuchende, die in den letzten Jahren nach Mannheim kamen	0,50
Arbeitseinwanderer aus osteuropäischen Ländern	0,42
Migranten, die schon lange in Deutschland leben	0,40

Incivilities haben in der Mannheimer Befragung unterschiedliche Einflüsse auf die Kriminalitätsfurcht. Besonders groß ist der Effekt durch Asylsuchende, die in den letzten Jahren nach Mannheim kamen. Etwas geringer ist der Einfluss durch Arbeitseinwanderer aus osteuropäischen Ländern und Migranten, die schon lange in Deutschland leben. Dieses Ergebnis über die Beziehung zwischen Migranten und Kriminalitätsfurcht ist nicht so zu verstehen, dass Migranten ein tatsächliches Problem sind. Es bedeutet lediglich, dass die Personen, die darin ein Problem sehen, eine höhere Kriminalitätsfurcht haben als andere, bedingt durch stereotype Vorstellungen, die Migranten mit Kriminalität und Parallelgesellschaften assoziieren.

Bestimmt man den Einfluss dieser Incivilities mit einem Strukturgleichungsmodell, bestätigt sich das Ergebnis. Unter diesem statistischen Verfahren versteht man eine Methode, die es erlaubt, Kausalstrukturen abzubilden und dabei mehrere Indikatoren für eine latente Variable zu berücksichtigen (Reinecke 2005). Das Ergebnis der Analyse ist in Abbildung 2 beschrieben. Das Modell enthält lediglich signifikante Effektschätzungen, die standardisiert sind.

Abbildung 3: Der Einfluss von Incivilities (Migration) auf die Kriminalitätsfurcht

Legende:

Indikatoren: Incivilities Migrantengruppen

- Arbeitseinwanderer aus osteuropäischen Ländern
- Asylsuchende, die in den letzten Jahren nach Mannheim kamen

Indikatoren: Kriminalitätsfurcht

- Affektive Kriminalitätsfurcht
- Kognitive Kriminalitätsfurcht
- Konative Kriminalitätsfurcht

N= 3.272

Aus kriminalpräventiver Sicht wäre es erfolgversprechend, Maßnahmen gegen die Problemsicht bezüglich Arbeitseinwanderer aus osteuropäischen Ländern und Asylsuchenden zu initiieren. Dabei ist die Frage von Interesse, ob dies auf bestimmte Stadtbezirke und Personengruppen konzentriert werden kann. Die Analysen zu diesen Fragen zeigt, dass der Einfluss der Incivilities, die sich auf Arbeitseinwanderer aus osteuropäischen Ländern und Asylsuchende beziehen, in der Innenstadt, in Käfental und Lindenhof besonders groß ist. Ein Strukturgleichungsmodell nach Abbildung 3 ergibt für die 689 Befragten aus diesen Stadtbezirken eine Effektschätzung von 0,81 im Vergleich zu 0,65 für die Gesamtstadt. Somit wäre eine Schwerpunktsetzung auf diese Stadtbezirke gerechtfertigt, allerdings ist der Effekt für die Gesamtstadt so groß, dass eine Beschränkung auf diese Regionen nicht angemessen wäre.

6.4 Migrantengruppen, Incivilities und Kriminalitätsfurcht

Auf der Plausibilitätsebene wäre zu erwarten, dass die Mannheimer Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund anders auf Arbeitseinwanderer aus osteuropäischen Ländern und Asylsuchende reagieren als die autochthone Bevölkerung. Bestimmt man das in Abbildung 3 beschriebene Strukturgleichungsmodell für diese beiden Bevölkerungsgruppen, erhält man lediglich minimale Unterschiede. Die Effektschätzung für den Einfluss der Incivilities, die sich auf Arbeitseinwanderer aus osteuropäischen Ländern und Asylsuchende beziehen, auf die Kriminalitätsfurcht, beträgt bei Personen ohne Migrationshintergrund 0,63 (N=2.282) und bei Personen mit Migrationshintergrund 0,72 (N=916). Dies bedeutet, dass Migrationsströme bei Personen mit Migrationshintergrund in gleicher Weise Furcht auslösen können wie bei Einheimischen. Somit können furchtreduzierende Maßnahmen gleichermaßen für Migranten und Nichtmigranten initiiert werden.

7. Präventionsmaßnahmen

Die Analyseergebnisse legen es nahe, solche kriminalpräventiven Maßnahmen zu initiieren, die den Einfluss auf die Kriminalitätsfurcht und zudem die Kriminalitätsbelastung von „Zuwanderern“ reduzieren. Für den letztgenannten Punkt bietet sich insbesondere das Projekt PFADE an, mit dem alternative Denkstrategien gefördert werden sollen. Die Ziele sind insbesondere die Förderung von emotionalen, sozial-kognitiven und sozialen Kompetenzen und von Verantwortungsübernahme, die Prävention von Emotions- und Verhaltensstörungen sowie von aggressivem Problemverhalten und Disziplinproblemen in der Schule (PFADE o.J.; Eisner, Jünger & Greenberg 2006). Um eine zweite Ursache der Kriminalitätsbelastung von Zuwanderern anzugehen, nämlich die Posttraumatische Belastungsstörung, wäre eine Vorstudie sinnvoll, in der Umfang und Behandlungsmöglichkeiten posttraumatischer Belastungsstörungen bei Geflüchteten eruiert werden sollten.

Eine Reduzierung der Kriminalitätsfurcht dürfte bereits durch das Bekanntwerden der oben genannten Maßnahmen erfolgen. Darüber hinaus können Projekte wie die Einrichtung eines Frauen-Nachttaxis und die Forcierung von Selbstbehauptungskursen sowie interkulturelle Veranstaltungen geeignete Maßnahmen sein, Stereotype gegenüber Geflüchteten abzubauen und die Resilienz zu stärken.

Insgesamt gesehen zeigt sich, dass das Mannheimer Auditinstrument ein geeigneter Ansatz ist, um auf Herausforderungen für eine Kommune rational zu reagieren und erfolversprechende Methoden der Kriminalprävention abzuleiten.

Literatur

- Dölling, Dieter & Hermann, Dieter, 2006: Individuelle und gesellschaftliche Bedingungen von Kriminalitätsfurcht. In: Feltes, Thomas; Pfeiffer, Christian & Steinhilper, Gernot (Hrsg.): Kriminalpolitik und ihre wissenschaftlichen Grundlagen. Festschrift für Professor Hans-Dieter Schwind zum 70. Geburtstag. Heidelberg: C. F. Müller, S. 805-823.
- Eisner, Manuel; Jünger, Rahel & Greenberg, Mark, 2006: Gewaltprävention durch die Förderung sozialer und emotionaler Kompetenzen in der Schule. Das PATHS/PFAD Curriculum. In: Praxis der Rechtspsychologie 16, S. 144-168.
- Enzmann, Dirk; Brettfeld, Katrin; & Wetzels, Peter, 2004: Männlichkeitsnormen und die Kultur der Ehre. Empirische Prüfung eines theoretischen Modells zur Erklärung erhöhter Delinquenzraten jugendlicher Migranten. In Oberwittler, Dietrich & Karstedt, Susanne (Hrsg.): Soziologie der Kriminalität (Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 43/2003, S. 264-287). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Flatten, Guido; Gast, Ursula; Hofmann, Arne; Knaevelsrud, Christine; Lampe, Astrid; Liebermann, Peter; Maercker, Andreas; Reddemann, Luise & Wöller, Wolfgang, 2011: S. 3 - ?? Leitlinie Posttraumatische Belastungsstörung. In: Trauma & Gewalt 3: S. 202-210.
- Haferkamp, Rita, 2017: Kriminalität und Zuwanderung. Straftaten von, gegen und unter Geflüchteten. In: Forensische Psychiatrie, Psychologie, Kriminologie 11, S. 284-295.
- Hermann, Dieter & Laue, Christian, 2001: Ökologie und Lebensstil. Empirische Analysen zum „Broken Windows“-Paradigma. In: Jehle, Jörg (Hrsg.): Raum und Kriminalität. Sicherheit der Stadt. Migrationsprobleme. Mönchengladbach: Forum, S. 89-120.
- Hermann, Dieter, 2008: Zur Wirkung von Kommunalen Kriminalprävention. Eine Evaluation des „Heidelberger Modells“. In: Trauma und Gewalt 2, S. 220-233
- Hermann, Dieter, 2014: Fit for Future. Heidelberger Audit Konzept für urbane Sicherheit. In: Bubenitschek, Günther, Greulich, Reiner & Wegel, Melanie (Hrsg.): Kriminalprävention in der Praxis (S. 183-201). Heidelberg u.a.: Kriminalistik.
- Hohage, Christoph, 2004: „Incivilities“ und Kriminalitätsfurcht, in: Soziale Probleme 15, S. 77-95.
- Mannheimer Erklärung für ein Zusammenleben in Vielfalt, o.J., Internetpublikation https://www.mannheim.de/sites/default/files/2017-09/Mannheimer%20Erkl%C3%A4rung%20f%C3%BCr%20ein%20Zusammenleben%20in%20Vielfalt_final.pdf (letzter Zugriff: 11. 2017).

- Pfade, o.J.: Infomappe PFADE: Programm zur Förderung Alternativer Denkstrategien. Internetpublikation http://www.gewaltprävention-an-schulen.ch/pdf/Infomappe_PFADE.pdf (letzter Zugriff 11/2017).
- PKS 2015: Polizeiliche Kriminalstatistik der Bundesrepublik Deutschland, herausgegeben vom Bundeskriminalamt. Version 4.0. Wiesbaden.
- PKS 2016: Bericht zur Polizeilichen Kriminalstatistik 2016, herausgegeben vom Bundesministerium des Inneren.
- PKS Baden-Württemberg 2015: Polizeiliche Kriminalstatistik. Jahresbericht 2015, herausgegeben vom Landeskriminalamt Baden-Württemberg.
- R + V Versicherung, 2016: Sicherheit bedroht: Terror, Extremismus und Flüchtlingskrise dominieren die Ängste der Deutschen. Internetpublikation <https://www.ruv.de/static-files/ruvde/downloads/presse/aengste-der-deutschen-2016/ruv-aengste-2016-ergebnisse.pdf> (letzter Zugriff: 11. 2017).
- Reinecke, Jost, 2005: Strukturgleichungsmodelle in den Sozialwissenschaften. München: Oldenbourg.
- Schwind, Hans-Dieter, 2016: Kriminologie. Eine praxisorientierte Einführung mit Beispielen, 23. Aufl., Heidelberg.
- Specht, Christian, 2015: Zuwanderung aus den EU-2 Staaten Südosteuropas. In: Marks, Erich & Steffen, Wiebke (Hrsg.): Prävention rechnet sich. Zur Ökonomie der Kriminalprävention. Ausgewählte Beiträge des 20. Deutschen Präventionstages in Frankfurt am Main. Godesberg: Forum, S. 399-406.

Inhalt

Vorwort des Herausgebers 7

I. Der 22. Deutsche Präventionstag im Überblick

Erich Marks, Karla Marks

Zusammenfassende Gesamtdarstellung des 22. Deutschen Präventionstages 9

Erich Marks

Herzlich willkommen zur jährlichen Präventionsvermessung in präventions-
hungrigen Zeiten – Deutscher Präventionstag 2017 in Hannover 45

Wiebke Steffen

Der Deutsche Präventionstag fordert die Bereitstellung von Fördermitteln
für Kommunale Präventionszentren 53

Wielant Machleidt

Integration als Kulturelle Adoleszenz! Eine neue Perspektive auf Integration 57

Rainer Strobl, Merle Graupner, Olaf Lobermeier

Evaluation des 22. Deutschen Präventionstages am 19. und 20. Juni 2017
in Hannover 65

II. Praxisbeispiele und Forschungsberichte

Philipp Basler, Helmut Heitmann, Thomas Martens, René Voigt

Integration junger Flüchtlinge. Das Projekt [ankommen] –
KiezSport mobil 115

Isabelle Brantl, Yvette Völschow, Margit Stein

Früh- und Zwangsehen: Implikationen für die europäische
Soziale Arbeit im Migrationskontext 125

Karin Bruckmüller

Schutz für Menschenhandelsopfer während der „Flüchtlingskrise“ 141

Kerstin Bunte, Shérif Korodowou

Interkulturelle Kompetenz – Grundlage für Gewaltprävention und
Integrationsförderung 155

<i>Michael Fichter Iff, Laura Elmiger</i> Zusammen sicher – Herausforderungen interkultureller Polizeiprävention mit Flüchtlingen	173
<i>Christian Grafl</i> Migration und Kriminalität in Österreich – Was wissen wir wirklich?	181
<i>Dieter Hermann</i> Die Integration von Migranten – ein brauchbares Präventionskonzept?	195
<i>Dieter Hermann, Christian Specht</i> Das Mannheimer Auditinstrument zur Förderung von Sicherheit und Lebensqualität – ein Konzept der rationalen Bewältigung von Herausforderungen	207
<i>Pushpa Islam</i> Frankfurter Modell gegen Extremismus	221
<i>Wulf Köpke</i> Innovative Formen polizeilicher Arbeit mit Migranten Das Hamburger Flüchtlingsprojekt „Vermittlung von Werten und Kriterien für sozialen und beruflichen Erfolg in Deutschland“	227
<i>Helmut Kury, Jördis Schüßler</i> Politische Forderungen im Rahmen einer „Flüchtlingspolitik“	237
<i>Andreas Mayer</i> Für ein gutes Zusammenleben – Herausforderungen der Zuwanderung für die Polizeiliche Kriminalprävention	255
<i>Grygorii Moshak</i> Beitrag des DPT zur internationalen Integration der Kriminalitätsprävention	263
<i>Hildegard Müller-Kohlenberg</i> Balu und Du – Welche Hilfen zur Integration bietet das Mentorenprogramm?	269
<i>Helmolt Rademacher</i> Interkulturelle Konflikte in der Einwanderungsgesellschaft	273
<i>Georg Ruhrmann</i> „Integration“ und (Des)Integration. Herausforderung für die politische Kommunikation	279

<i>Herbert Schubert</i> Sicherheitsaspekte der Unterbringung geflüchteter Menschen in Gemeinschaftsunterkünften	309
<i>Peter Sicking, Hartmut Denker</i> Lions-Quest „Zukunft in Vielfalt“ – Ein innovatives Fortbildungskonzept zur Vermittlung interkultureller Kompetenz.	323
<i>Stella Valentien</i> Bildungs- und Präventionsarbeit in Kindertageseinrichtungen mit Kindergarten <i>plus</i>	329
<i>Ulrich Wagner, Johannes Maaser</i> Integration als Prävention (religiös motivierter) extremistischer Gewalt	333
<i>Ohle Wrogemann</i> Traditionsgebundene muslimische Mädchen im Sportverein – Herausforderungen der Integration	339
<i>Eleonore Yassine-Sahyouni</i> Prävention ganzheitlich umsetzen – Hamburgs Konzept gegen religiös begründeten Extremismus und Muslimfeindlichkeit	351
III Autorinnen und Autoren	365